

Graz fehlen 100 Millionen, fast alle Städte und Gemeinden stehen vor finanziellem Kollaps

## **Kommunen droht dramatische Corona-Not: Ehmann fordert Schutzschirm durch den Bund**

**„Die Ertragsanteile und die Einnahmen aus der Kommunalsteuer brechen dramatisch weg. Gleichzeitig haben wir neben den ohnedies nicht weniger werdenden großen ‚Hausaufgaben‘ innerhalb der Stadt – etwa dringend notwendige Investitionen in die Bildung, in den Verkehr, in den Klimaschutz - in Zukunft wohl auch Hilfspakete auf kommunaler Ebene zu schnüren, um Corona-Folgen abzufedern“, warnt SP-Klubvorsitzender Michael Ehmann. „Das ist so nicht schaffbar – die Kommunen brauchen vom Bund ebenfalls einen finanziellen Schutzschirm, um in dieser Krise nicht unterzugehen“, schlug er heute im Gemeinderat Alarm und sprach sich per Dringlichkeitsantrag für eine Petition an den Bund zwecks eines finanziellen Schutzschirms für die österreichischen Kommunen aus. Die Petition wurde einstimmig angenommen.**

Welche Dimensionen die finanziellen Auswirkungen der Corona Krise auf die Städte und Gemeinden haben werden, lässt sich noch gar nicht abschätzen – einig sind sich alle Fachleute, dass diese jedenfalls enorm sein werden und viele Kommunen an den Rand des finanziellen Kollaps bringen könnten. „Für die Stadt Graz rechnet man allein für das laufende Budgetjahr mit einem Minus von 100 Millionen Euro – und wir werden auch in den kommenden Jahren noch ganz massiv die Corona-Folgen zu spüren bekommen“, warnt der Grazer SP-Klubvorsitzende Michael Ehmann.

Damit es nicht zu einem rien ne va plus, zu einem nichts geht mehr und in Folge dessen zu weitreichenden Leistungseinschränkungen für die BürgerInnen und einem Not- und Schlussverkauf von öffentlichem Gut komme, brauchen jetzt auch die österreichischen Städte und Gemeinden einen finanziellen Schutzschirm des Bundes – analog dem für die Wirtschaft. „Die kommunale Ebene gewährleistet mit ihrem Leistungsangebot, das von Kindergärten bis zu Altenheimen, von der Straßenerhaltung bis zum öffentlichen Verkehr, vom Grünraum bis zu den Pflichtschulen, von der Feuerwehr bis zur Strom- und Wasserversorgung reicht, in das die Abfallentsorgung ebenso fällt wie Impfstelle, Geburtsvorbereitungskurse, Gemeindewohnbauten, Gesundheitsbehörden, Freibäder oder Krankenhäuser, ganz maßgeblich die Wohn- und Lebensqualität der Menschen in unserem Land, gibt ihnen das Gefühl von Sicherheit. Wir reden da insgesamt von jener Daseinsvorsorge, die uns jetzt über diese Krise geholfen hat - die wir deshalb umso mehr stärken müssen, denn die Corona-Pandemie wird nicht die letzte Krise gewesen sein!“, betont Ehmann.

Die logische Konsequenz aus Sicht Ehmann: Jetzt sei deshalb der Bund gefordert – und müsse ähnlich, wie dies bereits für die Wirtschaft erfolgte, nunmehr auch für die Kommunen einen finanziellen Schutzschirm einrichten. Konkret geht es Ehmann zum einen – wie im Übrigen auch schon vom Städtebund gefordert - um einen Ausgleichsfonds für Kommunen für den Entfall von Einnahmen wie Kommunalsteuer, Ertragsanteile oder Gebühren sowie für zu erwartende Mehrausgaben zur Abfederung von Corona-Folgen. Zum anderen brauche es auch eine kräftige Finanzspritze des Bundes für kommunale Investitionen, um so die regionale Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, um mit innovativen, nachhaltigen Projekten die regionale Wirtschaft zu stärken, Beschäftigungsimpulse zu setzen und die Daseinsvorsorge abzusichern. Erfreulich: Der Ehmann-Vorstoß für eine entsprechende Petition an den Bund wurde einstimmig angenommen.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen waren auch in einer Reihe weiterer Initiativen der SP-Gemeinderatsfraktion Thema:

- **Gerald Haßler** sprach sich dafür aus, dass die Stadt Graz – ähnlich wie dies jetzt Wien macht – heimische EPU und KMU beim Aufbau bzw. Ausbau ihres Online-Auftrittes und Online-Handels unterstützen sollte, um so den international agierenden Online-Riesen nicht das Feld allein zu überlassen.
- **Michael Ehmann** wiederum forderte ein, dass die Elternbeiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen und die Nachmittagsbetreuung, die sich üblicherweise am Haushaltseinkommen des Vorjahres orientieren, in dieser Ausnahmesituation dort, wo Corona-bedingt dieses sich durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit verringert, parallel auch jederzeit entsprechend angepasst werden müssten. Auch für die Grazer Kunst- und Kulturszene forderte er in einer weiteren Anfrage Erleichterungen ein, wenn ursprünglich eingereichte Projekte jetzt Corona-bedingt adaptiert werden müssen. „Die Lebendigkeit von Kunst und Kultur darf gerade jetzt nicht durch aufwändige Verfahren behindert werden!“
- **Anna Robosch** plädierte in einem Antrag für einen „Corona-Tausender“ für jene Haus Graz-MitarbeiterInnen, die in der Lock-Down-Phase draußen vor Ort die Stadt am Laufen gehalten hatten; und sie forderte in der Fragestunde ein, dass Kinder, die jetzt Corona-bedingt entweder aus finanziellen Gründen oder der Gesundheit wegen von ihren Eltern in Kinderbetreuungseinrichtungen abgemeldet werden, im Herbst dann – wie es bei Weiterlaufen der Betreuung üblich gewesen wäre – wieder automatisch einen Betreuungsplatz erhalten.
- **Ewald Muhr** ging in der Fragestunde auf die Problematik der aktuell eingestellten Info-Veranstaltungen zu den Bebauungsplänen ein: BürgerInnen-Information und BürgerInnen-Beteiligung lebe vom persönlichen Diskurs, von der Diskussion.

#### Weitere Initiativen:

- In Hinblick auf die sich schon seit längerem hinziehenden Geschäfts- und Gastronomie-Schließungen in Graz trat **Michael Ehmann** für die Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenpaketes ein. Voraussetzung dafür, dass Graz auch wirklich alle Stärken ausspielen könne: Es müssten alle „Player“ an einen Tisch und gemeinsam an der Erlebnisstadt Graz arbeiten. Einem heißen Thema ging Ehmann in der Fragestunde nach: Wie es denn um die vielen zig-Millionen Euro des Bundes für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Graz bestellt sei, die noch unter Türkisblau angeblich zugesagt wurden. Antworten möchte Ehmann auch in Sachen Rauchverbot auf Spielplätzen: Das Ping-Pong zwischen Bund und Stadt dauere jetzt bereits Jahre – Bürgermeister und Familienstadtrat sollten endlich Licht in den Kompetenzdschungel bringen, damit auch in Graz – wie im Übrigen bereits in vielen Städten zwischen Innsbruck und Oberwart – auf Spielplätzen ein Rauchverbot verordnet werden kann.
- **Gerald Haßler** brach eine Lanze für den Ausbau und die Attraktivierung der Grazer Bezirkssportplätze.
- **Ewald Muhr** griff einmal mehr das heiße Eisen Augarten auf: Er verlangte jetzt per Anfrage eine detaillierte Aufklärung über das Street Food-Konzept im Augarten und stellte dazu einen umfassenden Fragenkatalog.
- **Susanne Bauer** wiederum ging in der Fragestunde den Problemen bei der Wohnversorgung von Obdachlosen und Menschen aus besonders schwierigen Verhältnissen nach.

Diese und alle weiteren Initiativen des SPÖ-Gemeinderatsklubs finden sich im Internet unter der Adresse:

<https://stmk.spoe.at/aus-dem-gemeinderat/>

*Ende der Presseinformation*